



Integrationsausschuss

18. Sitzung (öffentlich)

6. November 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:00 Uhr bis 14:50 Uhr

Vorsitz: Arif Ünal (GRÜNE)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz
2014)** **6**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3800
Vorlagen 16/1072 und 16/1321

Der im Zuständigkeitsbereich des Integrationsausschusses befindliche Teil des Einzelplans 11 wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Piraten bei Nichtanwesenheit der FDP-Fraktion angenommen.

2 Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes 8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2723
APr 16/281

Der Ausschuss beschließt, die abschließende Beratung zu vertagen.

3 Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes 9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4139

Mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP sowie bei Stimmenthaltung der Piraten stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.

4 Regelung zur Verleihung von Körperschaftsrechten an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (Körperschaftsstatusgesetz) 10

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU
der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4151

Der Ausschuss beschließt, sich im Rahmen einer Pflichtsitzung an der Anhörung im federführenden Hauptausschuss zu beteiligen.

5 Unser Land braucht eine Neukonzeption der Flüchtlingsaufnahme – hin zu einer humanen und dezentralen Unterbringung in ganz NRW 11

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4164

Der Ausschuss beschließt, sich im Rahmen einer Pflichtsitzung an einer eventuellen Anhörung im federführenden Ausschuss zu beteiligen.

6 60 Jahre Bundesvertriebenengesetz – 50 Jahre Gerhart-Hauptmann-Haus erinnern an die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation 12

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3443

Der Ausschuss beschließt, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

7 Aufnahme syrischer Flüchtlinge 14

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/1330

- Bericht durch Minister Guntram Schneider (MAIS) 14
- Aussprache 15

8 Verschiedenes 22

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3800
Vorlagen 16/1072 und 16/1321

Vorsitzender Arif Ünal teilt mit, der Landtag habe in seiner 39. Sitzung am 25. September 2013 den Gesetzentwurf federführend an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses „Personal“ erfolge.

Der Integrationsausschuss sei in erster Linie zuständig für das Kapitel 11 060 „Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter“ innerhalb des Einzelplans 11.

Entsprechend dem vereinbarten Zeitplan stünden heute die Einzelberatungen und die abschließende Beratung mit dem Votum an den federführenden Ausschuss an.

Andrea Milz (CDU) sagt, laut der Vorlage seien bislang die für dieses Jahr zur Verfügung stehenden Mittel noch nicht verausgabt worden. Dies scheine ja durchaus normal zu sein. Sie bitte darum, im Frühjahr nächsten Jahres über den Mittelabfluss in diesem Jahr zu berichten.

Vorsitzender Arif Ünal sagt dies zu.

Minister Guntram Schneider (MAIS) weist darauf hin, dass der Mittelabfluss nicht kontinuierlich stattfindet. Grund dafür sei auch das Inkrafttreten des Haushalts 2013 erst im April dieses Jahres. Auch der Aufbau der Kommunalen Integrationszentren finde in einem Prozess statt, sodass auch die Kosten dafür prozesshaft anfielen. Man habe Zuweisungen an die Bezirksregierungen vorgenommen über das Kompetenzzentrum für Integration bei der Bezirksregierung Arnsberg, die für die Weitergabe dieser Mittel zuständig sei. Zum 4. November seien Integrationspauschalen in Höhe von 1,4 Millionen € zugewiesen worden. Darüber hinaus habe es institutionelle Förderungen gegeben, nämlich 180.000 € an das DOMiT in Köln, 287.440 € an den Landesintegrationsrat und 570.000 € an das Zentrum für Türkeiforschungen und Integration. In der Titelgruppe 68 seien die Mittel für die Förderung der Integration Zugewanderter veranschlagt. Hierfür würden 5,188 Millionen € über die Kommunalen Integrationszentren, 6,216 Millionen € über die Integrationsagenturen und 1,182 Millionen € über die interkulturellen Zentren zur Verfügung gestellt. Die Zuweisungen des Ministeriums an die Bezirksregierungen betrügen somit etwa 15 Millionen €.

Selbstverständlich werde man im nächsten Frühjahr über den Abfluss der Haushaltsmittel berichten.

Jutta Velte (GRÜNE) möchte wissen, ob die Migrantenselbstorganisationen bezüglich der Mittelzuweisungen wie im vergangenen Jahr behandelt würden oder nicht.

Minister Guntram Schneider (MAIS) antwortet, solange es kein neues Konzept gebe, würden die Zuwendungen nach den alten Grundlagen ausgezahlt. Daran ändere sich nichts. Er erinnere aber daran, dass der Ausschuss übereingekommen sei, sich mit dem Thema „Migrantenselbstorganisation“ und damit auch mit deren Finanzierung intensiv zu beschäftigen.

Simone Brand (PIRATEN) kündigt an, dass sie dem Haushaltsplan nicht zustimmen werde. Zwar begrüße sie die Steigerung der Mittel, allerdings dürften die Menschen, in die integriert werden solle, nicht vergessen werden. Entsprechende Maßnahmen hierfür könne sie im Haushalt nicht erkennen. Als Beispiele nenne sie die Antiziganismus-Bekämpfung, die Bekämpfung von Rechtsextremismus bei Erwachsenen, der menschliche Umgang mit Flüchtlingen und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Integrationskursen. Ihre Fraktion werde zum nächsten Haushalt entsprechende Anträge einbringen.

Bernhard von Grünberg (SPD) macht deutlich, das Thema „Antiziganismus“ werde auch von denen bearbeitet, die das Thema „Rechtsextremismus“ bearbeiteten. Darüber hinaus gebe er zu bedenken, dass es beim Haushalt um die finanziellen Mittel und nicht um die inhaltliche Ausgestaltung einzelner Projekte gehe. Mit den Inhalten werde man sich selbstverständlich noch befassen.

Der im Zuständigkeitsbereich des Integrationsausschusses befindliche Teil des Einzelplans 11 wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Piraten bei Nichtanwesenheit der FDP-Fraktion angenommen.